

«Man darf politisch nicht naiv sein»

Die Universität muss weiter investieren: Aymo Brunetti, seit Anfang Jahr Präsident des Universitätsrates, will kein Spar-Präsident sein. An die Adresse jener Baselbieter, die das finanzielle Engagement zurückfahren wollen, sagt der Ökonom: Von der Universitäts-Trägerschaft habe auch Baselland wirtschaftlich stark profitiert.

Andreas Schwald und Hans-Martin Jermann

Herr Brunetti, einer von uns sass Mitte der 90er in einer Ihrer Wirtschaftspolitik-Vorlesungen an der Uni Basel. Hätten Sie sich damals vorstellen können, viele Jahre später in anderer Funktion an dieses Haus zurückzukehren?

Aymo Brunetti: Überhaupt nicht. Ich war zu jener Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Volkswirtschaft und habilitierte. Ich überlegte mir vor allem, in welche Richtung ich meine Forscherkarriere entwickeln möchte. Eine Perspektive, dereinst auf strategischer Ebene für die Uni Basel tätig zu sein, hatte ich nicht vor Augen.

Weshalb haben Sie vor einigen Monaten entschieden, sich für die Uni zu engagieren? Als einer der gefragtesten Schweizer Ökonomen hätten Sie viele andere Optionen gehabt.

Ich habe meine Ausbildung in Basel absolviert, war dann mehr als 25 Jahre weg, zunächst ausserhalb der Schweiz und zuletzt in Bern in verschiedenen Funktionen tätig. Aber Basel ist meine Heimuniversität. Ich habe immer in der Region gelebt und bin jahrelang zwischen Bern und Biel-Benken gependelt. Für mich ist es sehr schön, gegen Ende meiner beruflichen Laufbahn an meine Alma Mater zurückzukehren. Ich war immer an der Schnittstelle zwischen Akademie, wirtschaftspolitischer Beratung und Unternehmertum unterwegs. Diese Kombination interessiert mich sehr.

Sehen Sie es als eine Ihrer Hauptaufgaben als Uniratspräsident an, das Verhältnis mit den beiden Trägerkantonen Basel-Stadt und Baselland zu pflegen?

Ja. Es gibt in der Schweiz keine andere Universität mit einer solch speziellen Konstellation. Dass beide Kantone die Universität gemeinsam tragen, ist fantastisch. Ich bin Baselbieter und finde, dass es für die nachhaltige gerade auch wirtschaftliche Stärkung meines Kantons ein sehr guter Entscheid war, dass er sich speziell für diese Universität engagiert. Es gibt finanzielle Restriktionen, über die man diskutieren muss. Aber ich habe den Eindruck, dass die Uni in beiden Kantonen stark verankert ist. Wenn ich in Bern sage, ich komme aus Basel, dann unterscheidet niemand zwischen Basel-Stadt und Baselland. Die Universität Basel ist nicht die Universität von Basel-Stadt, sondern die Universität der Region Basel.

Im Baselbiet fordert eine Gemeindeinitiative, dass sich weitere Kantone an der Finanzierung der Uni Basel beteiligen. Ist sie eine Gefahr für die Weiterentwicklung der Universität?

Ich kann das Ziel, die Finanzierung breiter aufzustellen, nachvollziehen. Das ist ein berechtigtes Anliegen. Das Problem ist der Weg. Wenn man, wie es die Initiative vorsieht, zuerst den Univertrag kündigt und danach zu den anderen Kantonen sagt, wir hätten gerne mehr Geld, dann reisst das ein grosses Loch in die Uni-Kasse. Man darf politisch nicht naiv sein. Warum sollten die anderen Kantone beschliessen, massiv mehr an die Uni zu bezahlen, weil die Baselbieter aussteigen? Zuerst muss man diese Kantone überzeugen, dass sie tatsächlich profitieren und die Beiträge deshalb steigen sollen.

Skizzieren Sie Ihre strategischen Ziele für die Uni: Wo sehen Sie das Schwergewicht?

Wir haben in Basel eine der besten Universitäten der Welt. Sie ist eine Volluniversität und gleichzeitig in bestimmten Gebieten, insbesondere in den Life Sciences, perfekt auf die Wirtschaftsstruktur der Region abgestimmt. Diese Stärke und Position zu halten, ist das wichtigste Ziel. Klar ist auch: Wir stehen bei den Immobilien vor Herausforderungen. Einige Gebäude sind schon sehr lange in Betrieb und müssen ersetzt oder modernisiert werden. Aber der Hauptpunkt ist: Wir haben ein fantastisches Produkt. Dieses müssen wir erhalten und weiterentwickeln. Als Ökonom habe ich vielleicht einen Vorteil, diesen enormen Nutzen für die Region erklären zu können.

Die abtretende Rektorin Andrea Schenker-Wicki hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass Immobilien ein Riesenthema sind. Wie verkauft man das gegenüber den Regierungen, den Parlamenten und der Bevölkerung?

Was ich in Gesprächen spüre, ist ein sehr grosses Verständnis für die Bedeutung der Universität und dafür, dass eine Universität, die an der Spitze bleiben will, einen gewissen Investitionsbedarf hat. Das ist grundsätzlich unbestritten. Die Herausforderung aus Unisicht: Wenn es gut läuft, ist es schwierig zu erklären, warum man weiter investieren muss. Wir stehen sehr gut da, müssen diese Position aber laufend neu erarbeiten. Die internationale Konkurrenz wird stärker. Wenn man in jenen Bereichen, die für Basel wichtig

sind, zu den Top-Universitäten gehören will, muss man stetig investieren.

Wofür steht die Uni Basel heute?

Wir sind die älteste Universität der Schweiz, eine Volluniversität, ursprünglich sehr stark geprägt von Humanismus und Geisteswissenschaften, heute zusätzlich sehr stark bei Life Sciences und Naturwissenschaften. Beides ist sehr wichtig. International am deutlichsten sichtbar ist Basel aber im Bereich Life Sciences. In diesem Bereich haben wir zusammen mit den Unternehmen der Region einen Standort von Weltrang um den uns viele beneiden. Das hängt sehr stark mit der Universität zusammen. Hier bilden grosse, international tätige Unternehmen, KMUs, Start-ups und die Universität zusammen einen Cluster.

Wird die Universität Basel in der Region schon genügend mit diesem Life-Sciences-Profil verbunden? Oder wird sie noch immer stärker als humanistische Alma Mater wahrgenommen?

Beides spielt eine Rolle. Speziell an der Universität Basel ist die lange humanistische Tradition. Gleichzeitig hat sie eine Transformation zu einer international sehr starken, naturwissenschaftlichen Forschungsuniversität durchlaufen. International steht Basel stark für Life Sciences. Regional sind Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher in den Life Sciences trotz weltweitem Renommee in ihren Fächern naturgemäss weniger sichtbar als Personen aus Fächern, die täglich in öffentlichen Debatten präsent sind. Man könnte postulieren, dass sich die Uni auf einige wenige wichtige Bereiche fokussieren soll. Aber das ginge völlig gegen die Tradition und gegen die einzigartige Marke dieser Universität.

Was braucht es, damit die Uni das hohe Standing auch in 10 oder 15 Jahren hat?

Es braucht das Verständnis, dass eine gewisse Grundfinanzierung vorhanden sein muss. Eine Universität ist klassischerweise ein öffentliches Gut. Sie wird nicht auf dem Markt hergestellt. Die Allgemeinheit trägt immer einen grossen Teil davon, profitiert aber auch sehr stark von ihr. Man muss das Bewusstsein schaffen, dass wir immer wieder investieren müssen, damit wir diese Stellung halten können. Die Universität Basel steht bei der Einwerbung von Drittmitteln schweizweit an der Spitze. Entscheidend ist aber, dass die Infrastruktur und die guten Professo-



«Eine der besten Universitäten der Welt»: Der neue Uniratspräsident Aymo Brunetti preist

rinnen und Professoren da sind. Drittmittel helfen sehr, sie ersetzen aber nicht die Grundfinanzierung. Die Basis muss stimmen.

Die Uni sucht aktuell eine neue Rektorin oder einen neuen Rektor. Wenn Basel international vor allem über Life Sciences ausstrahlt: Sollte die nächste Person an der operativen Spitze nicht auch aus diesem Bereich kommen?

Die Fachrichtung ist nicht ausschlaggebend. Der neue Rektor oder die neue Rektorin braucht akademische Glaubwürdigkeit und muss die Universität verstehen. Käme eine geeignete Per-

son aus den Life Sciences, wäre das sicher kein Nachteil. Aber es würde keinen Sinn machen, jemanden nur deshalb zu wählen, wenn andere Kandidaturen geeigneter wären, um die Universität vorwärtszubringen. Die neue Rektorin oder der neue Rektor wird Vollzeit in einer Führungs- und Managementfunktion tätig sein. Qualitäten in diesen Bereichen sind viel wichtiger.

Auf politischer Ebene wird gefordert, dass sich die Schweizer Universitäten stärker vernetzen. Gleichzeitig stehen sie im Wettbewerb. Machen stärkere Kooperationen Sinn?

Gefragter Schweizer Ökonom

Aymo Brunetti gehört zu den einflussreichsten Wirtschaftsexperten der Schweiz. Aufgewachsen im Birstal, absolvierte er das Gymnasium Münchenstein und studierte Nationalökonomie an der Universität Basel, wo er promovierte und habilitierte. Nach Forschungsaufenthalten an der Harvard University sowie Lehrtätigkeiten in Basel und Saarbrücken wechselte er 1999 zum Bund. Von 2003 bis 2012 leitete er die Direktion für Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), amtierte damit faktisch als Chefökonom des Bundes. Seit 2012 ist Brunetti Professor für Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie an der Universität Bern. Brunetti lebt mit seiner Familie seit vielen Jahren in Biel-Benken. Seit Anfang 2026 präsidiert der 63-Jährige den Universitätsrat der Universität Basel. (haj)

Aymo Brunetti
Präsident des Universitätsrates

«Die Universität Basel ist nicht die Universität von Basel-Stadt, sondern die Universität der Region Basel.»



selbstbewusst die Qualitäten seiner Alma Mater.

Bild: Katja Schmidlin

Dass es in der Schweiz in relativ kleiner geografischer Umgebung mehrere Spitzeninstitutionen gibt, ist ein Vorteil. Das schafft produktivitätssteigernden Wettbewerb und einen akademischen Arbeitsmarkt für sehr gute Leute. Man muss zwischen Lehre und Forschung unterscheiden. In der Lehre kann eine Zusammenarbeit sinnvoll sein. Zugleich lassen sich hier durch eine Zusammenlegung von Lernangeboten nicht im grossen Stil Kosten sparen. Die grossen Beträge fliessen in die naturwissenschaftliche Forschung. Genau dort will sich eine Universität oft profilieren und von anderen abheben, was grossflächige Zusammenlegungen fragwürdig macht. In Fächern mit wenigen Studierenden sind gemeinsame Angebote prüfenswert, dies aber eher aus Qualitäts- als aus Spargründen. Aber das kann nicht einfach von oben verordnet werden.

**Sie waren Mitglied der Experten-
gruppe, die den Bundesrat bei sei-
nem Entlastungspaket beraten hat.
Sehen Sie sich auch an der Uni als
Spar-Präsident?**

Ganz klar: Nein. Als Mitglied der Expertengruppe stand ich vor der Aufgabe, im Bundes-Haushalt vier Milliarden zu sparen, weil die Schuldenbremse eingehalten werden muss. Meine Aufgabe als Uniratspräsident ist eine völlig andere. Ich habe mich als Ökonom zudem nicht nur mit Sparen beschäftigt, sondern vor allem damit, warum Wirtschaftsstandorte erfolgreich sind: Wachstum, Standortqualität, Humankapital, Forschung. Eine starke Universität ist dafür zentral. In eine Hochschule investiertes Geld ist aus ökonomischer Sicht in der Regel sehr

gut investiert. Es gibt starke positive externe Effekte auf die Wirtschaft: Ausbildung und Forschung strahlen auf die ganze Region aus. Dass Basel ein hohes Produktivitäts- und Lohnniveau hat, hängt damit zusammen.

**Ist das Ihre Botschaft an jene Basel-
bieter Politiker, die Sparen bei der
Uni für eine gute Idee halten?**

Ich würde es so formulieren: Die Region Basel ist wirtschaftlich enorm integriert. Die Wirtschaft hört nicht an der Grenze von Basel-Stadt und Basel-land auf. Letztlich ist das eine integrierte Wirtschaftsregion. Dass sie so gut funktioniert, hat sehr viel damit zu tun, dass in Forschung, Bildung und Innovation investiert wird. Es ist nicht entscheidend, wo genau die Standorte liegen. Die Ausstrahlung läuft über den Arbeitsmarkt und über die Wirtschaft der ganzen Region.

**Hat die Uni eigentlich ein vitales In-
teresse an einer Uni-Fakultät auf Ba-
selbieter Boden oder verfolgen Sie
das eher als Zaungast?**

Das ist in erster Linie eine Frage für die Baselbieter Politik. Aus Sicht der Universität wäre ein zusätzlicher Standort im Baselbiet grundsätzlich eine attraktive Option. Für die Verankerung der Universität in der Region ist es gut, wenn man nicht alles an einem Ort hat. Ökonomisch ist der Unterschied vielleicht nicht riesig, aber für die Wahrnehmung ist es sinnvoll, dass im Baselbiet grössere Uni-Bereiche angesiedelt werden wie es sie etwa in Allschwil bereits gibt. Gleichzeitig gibt es Kostenfaktoren. Und gewisse Einheiten der Universität sollten wegen der gegenseitigen Befruchtung zusammen sein.

Wenn man einen Cluster in den Life Sciences hat, ist es nicht sinnvoll, ihn räumlich breit zu verteilen. Abwägen ist gefragt.

**Sie haben sich in der NZZ pointiert
gegen die Initiative «Keine 10-Mil-
lionen-Schweiz» der SVP ausge-
sprochen. Hatten Sie dabei das Uni-
ratspräsidium im Hinterkopf?**

Nein, ich habe da in ganz anderer Rolle – als Ökonom mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik – argumentiert. Aber natürlich ist eines der wichtigsten Argumente gegen diese Initiative, dass Offenheit für eine Weltklasse-Universität zentral ist. Eine Universität, die Weltspitze sein will, muss international ausgerichtet sein. Das kann man nicht alleine mit Schweizerinnen und Schweizern machen.

**Inwiefern gefährdet die Initiative
denn die Universität?**

Die Initiative ist so formuliert, dass sie mit Verzögerung wirkt, dann aber umso härter. Die Schweiz müsste dann ein ineffizientes, planwirtschaftlich-bürokratisches System einführen, das nicht mehr primär wirtschaftlich und nach Bedarf gesteuert ist, sondern politisch. Kontingentsysteme führen dazu, dass sich jene durchsetzen, die politisch stark sind, nicht unbedingt jene, die am produktivsten und am stärksten auf Fachkräften angewiesen sind. Eine wirtschaftsstarke Region wie Basel hat ein grosses Interesse daran, die besten Leute rekrutieren zu können. Das hat ihr in den vergangenen 20 Jahren extrem geholfen. Ohne Zuwanderung von Fachkräften stünde die Region Basel wirtschaftlich heute wesentlich schlechter da.